

Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 2ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Agr. Sachsen u. Hrgath. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pf.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Hub,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 7.

Mittwoch, 20. Januar.

1875

Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozess. Nachtrag.

Beilage 4 zu „Herr Bogt“ von Karl Marx, London 1860:

Die in diesem Abschnitt (des „Herr Bogt“) von mir gemachten Mittheilungen über die preussische Gesandtschaft zu London und ihren Briefwechsel mit preussischen Behörden auf dem Continent während der Kölner Prozessverhandlungen, beruhen auf den von A. Willich in der „New Yorker Criminalzeitung“ April 1863 unter dem Titel: „Die Opfer der Moucharderie, Rechtfertigungsschrift von Wilhelm Hirsch“ veröffentlichten Selbstbekenntnissen des jetzt zu Hamburg gefangenen sitzenden Hirsch, der das Hauptinstrument des Polizeilieutenants Greif und seines Agenten Fleury war, auch in ihrem Auftrage und unter ihrer Leitung das während des Kommunistenprozesses von Stieber vorgelegte falsche Protokollbuch schmiedete. Ich gebe hier einige Auszüge aus Hirsch's Memoiren.

„Die deutschen Vereine wurden gemeinschaftlich (während der Industrienausstellung) von einem Polizeitrümpvirat, dem Polizeirath Stieber für Preußen, einem Herrn Kubisch für Oesterreich und dem Polizeidirektor Hantel aus Bremen überwacht.“

Hirsch beschreibt folgendermaßen die erste Scene, die er in Folge seines Angebots als Mouchard mit dem preussischen Gesandtschaftssekretair Alberts zu London hatte.

„Die Rendez-vous, welche die preussische Gesandtschaft in London ihren geheimen Agenten giebt, finden in einem dazu geeigneten Lokale statt. Die Gastwirtschaft The Cock, Fleetstreet, Temple Bar fällt so wenig in die Augen, daß wenn nicht ein goldener Hahn, Aushängeschild, ihren Eingang zeigte, ein Nichtsindender sie schwerlich entdecken würde. Ein schmaler Eingang führte mich in das Innere dieser alt-englischen Taverne, und auf meine Frage nach Mr. Charles präsentirte sich mir unter dieser Firma eine wohlbeleibte Persönlichkeit mit einem so freundlichen Lächeln, als ob wir Beide bereits alte Bekannte wären. Der Beauftragte der Gesandtschaft, denn dieser war es, schien sehr heiter gestimmt, und seine Laune stärkte sich noch dermaßen in Brandy und Wasser, daß er darüber eine ganze Weile den Zed unserer Zusammenkunft zu vergeffen schien. Mr. Charles, oder wie er sich mir gleich bei seinem richtigen Namen nannte, der Gesandtschaftssekretair Alberts, machte mich zunächst damit bekannt, daß er eigentlich nichts mit Polizeisachen zu thun habe, aber dennoch wolle er die Vermittlung übernehmen. . . . Ein zweites Rendez-vous fand in seiner damaligen Wohnung, Brewerstreet 39, Golden Square, statt, hier lernte ich zuerst den Polizeilieutenant Greif kennen; eine Figur nach echtem Polizeischneitte, mittlerer Größe mit dunklem Haar und einem gleichfarbigen par Ordre zugeschnittenen Barte so daß der Schnurr- sich mit dem Backenbarte verbindet, und freiem Sinn. Seine Augen, die nichts weniger als Geist verrathen, scheinen sich durch den häufigen Umgang mit Dieben und Gaunern an ein scharfes Herausgucken gewöhnt zu haben. . . . Herr Greif hüllte sich, wie zu Anfang Herr Alberts, in denselben Pseudonym-Mantel und nannte sich Mr. Charles. Der neue Mr. Charles war wenigstens erstler gestimmt; er glaubte zunächst mich examiniren zu müssen. . . . Unsere erste Zusammenkunft schloß damit, daß er mir den Auftrag erteilte, ihm genauen Bericht über alle Thätigkeit der revolutionären Emigration abzustatten. . . . Herr Greif stellte mir das nächste Mal „seine rechte Hand“, wie er es nannte, nämlich einen seiner Agenten“, fügte er hinzu, vor. Der also Genannte war ein großer junger Mann in eleganter Kleidung, der sich mir wieder als ein Mr. Charles präsentirte; die gesammte politische Polizei scheint diesen Namen als Pseudonymus adoptirt zu haben, ich hatte es jetzt bereits mit drei Charles zu thun. Der Reuhingekommene schien indeß bei weitem der beachtenswertheste. „Er sei“, wie er sagte, „auch Revolutionär gewesen, aber es lasse sich alles machen, ich solle nur mit ihm zusammengehen.“ Greif verließ London für einige Zeit und schrieb von Hirsch „mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß der neue Mr. Charles stets in seinem Auftrage handle, ich dürfe kein Bedenken tragen mich ihm zu vertrauen, wenn auch manches mir seltsam vorkommen sollte; ich dürfe daran keinen Anstoß nehmen“; um mir dies deutlicher zu machen, fügte er hinzu: „Das Ministerium bedarf zuweilen dieser oder jener Gegenstände; Documente sind die Hauptsache, kann man sie nicht schaffen, muß man sich doch zu helfen wissen!“ Hirsch erzählt weiter: der letzte Charles sei Fleury gewesen, „früher beschäftigt bei der Expedition der von L. Wittig redigirten „Dredner Zeitung“. In Baden wurde er auf Grund überdachter Empfehlungen aus Sachsen von der provisorischen Regierung nach der Pfalz geschickt, um die Organisation des Landsturms zu betreiben u. s. w. Als die Preußen in Carlruhe einrückten, wurde er gefangen u. s. w. Er erschien plötzlich wieder in London Ende 1850 oder Anfang 1851; hier trägt er von Anfang an den Namen de Fleury und befindet sich als solcher unter den Flüchtlingen in einer, wenigstens scheinbar schlechten Loge, bezieht mit ihnen die vom Flüchtlingecomité errichtete Flüchtlingelagerne und genießt die Unterstützung. Anfangs Sommer 1851 verheiratet er sich plötzlich seine Loge, er bezieht eine anständige Wohnung und verheiratet sich Ende des Jahres mit der Tochter eines englischen Ingenieurs. Wir sehen ihn später als Polizeilieutenant in Paris. . . . Sein wirklicher Name ist Krause, und Marx ist er der Sohn des Schuhmachers Krause, der vor etwa 15 bis 18 Jahren, wegen Ermordung der Gräfin Schenberg und deren Kammerfrau in Dresden, daselbst mit Bachhof und Bessler hingerichtet wurde. . . . oft hat mir Fleury-Krause gesagt, er habe schon seit seinem 14. Jahre für die Regierungen gearbeitet.“

Es ist dieser Fleury-Krause, den Stieber in der öffentlichen Gerichtsverhandlung zu Köln als direkt unter Greif dienenden geheimen preussischen Polizeilieutenant eingestand. Ich sage von Fleury in meinen „Enthüllungen über den Kommunistenprozess“: „Fleury ist zwar nicht die fleur de Marie der Prostituirten der Polizei, aber Blume ist er und Blüthen wird er treiben, wenn auch nur fleurs de Lys.“ Dieß hat sich gewissermaßen erfüllt. Einige Monate nach dem Kommunistenprozess ward Fleury wegen Fälschung in England zu einigen Jahren hulks verurtheilt.

„Als die rechte Hand des Polizeilieutenants Greif“, sagt Hirsch, „verehrte Fleury in dessen Abwesenheit mit der preussischen Gesandtschaft direkt. Mit Fleury stand in Verbindung Max Reuter, der bei Oswald Dietz, damals Archivar des Schapper-Willich'schen Bundes, den Briefdiebstahl vollführte. „Stieber“, sagt Hirsch, „war durch den Agenten des preussischen Gesandten Hagsfeldt in Paris, jenen berühmten Cherval, über die Briefe, welche dieser letztere selbst nach London geschrieben, unterrichtet, und ließ sich durch Reuter nur den Aufenthaltsort desselben ermitteln, worauf Fleury in Stieber's Auftrag jenen Diebstahl mit Hilfe Reuter's vollführte. Dies sind die gestohlenen Briefe, die Herr Stieber sich nicht entblödet hat, offen „als solche“ vor dem Geschworenengericht in Köln zu deponiren. . . . Im Herbst 1851 war Fleury gemeinsam mit Greif und Stieber in Paris gewesen, nachdem der letztere dort bereits, durch die Vermittlung des Grafen Hagsfeldt, mit jenem Cherval oder richtiger Joseph Crämmer in Verbindung getreten war, mit dessen Hilfe er ein Complot zu Stande zu bringen hoffte. Zu dem Ende beriethen die Herren Stieber, Greif, Fleury, ferner zwei andere Polizeilieutenants: Bedmann“ und Sommer in Paris, gemeinsam mit dem samosen französischen Spion Lucien de la Hodde (unter dem Namen Duprez) und erteilten ihre Instruktionen an Cherval, nach denen er seine Correspondenzen zuschneiden sollte. Dieß genügt hat sich Fleury mir gegenüber über jene provocirte Attaque zwischen Stieber und Cherval amüßig; und jener Schmidt, der sich in der von Cherval auf polizeilichen Befehl gegründeten Verbindung als Secretair eines revolutionären Bundes von Straßburg und Köln einführte, jener Schmidt ist kein anderer als Herr de Fleury. . . . Fleury war in London unzweifelhaft der einzige Agent der preussischen geheimen Polizei, und alle Anerbietungen und Vorschläge, welche der Gesandtschaft gemacht wurden, gingen durch seine Hand. . . . seinem Urtheile vertrauten sich die Herren Greif und Stieber in vielen Fällen an.“ Fleury eröffnete dem Hirsch: „Herr Greif hat Ihnen gesagt, wie man handeln muß. . . . Die Centralpolizei in Frankfurt ist selbst der Ansicht, daß es sich vor allem darum handelt, die Existenz der politischen Polizei sicher zu stellen, durch welche Mittel wir dies thun, ist gleichgültig; ein Schritt ist gethan durch das September-Complot in Paris.“ Greif kehrt nach London zurück, spricht seine Zufriedenheit über Hirsch's Arbeiten aus, verlangt aber mehr, namentlich Berichte über „die geheimen Bundesversammlungen der Partei Marx.“ „A tout prix, schloß der Polizeilieutenant, müssen wir Berichte über die Bundesversammlungen ausstellen, machen Sie es nun, wie Sie wollen, nur die Wahrscheinlichkeit müssen Sie stets nicht überschreiten, ich selbst bin zu sehr beschäftigt. Herr de Fleury wird mit Ihnen in meinem Namen zusammen arbeiten.“ Greif's damalige Beschäftigung bestand, wie Hirsch sagt, in einer Correspondenz mit Maupas durch de la Hodde-Duprez über die zu veranfaltende Scheinstadt von Cherval und Sipprich aus dem Gefängnis St. Pelagie. Auf Hirsch's Versicherung, daß „Marx in London keinen neuen Bundes-Centralverein gegründet habe“ verabredete Greif mit Fleury, daß wir unter den gegebenen Umständen vor der Hand selbst Berichte über die Bundesversammlungen anfertigen sollten; er, Greif, wollte die Echtheit übernehmen und vertreten und was er vorlegte, werde so wie so acceptirt.“ Fleury und Hirsch setzen sich also an die Arbeit. „Der Inhalt“ ihrer Berichte über die von mir gehaltenen Geheim-Bundesversammlungen, wurde damit ausgefüllt,“ sagt Hirsch, „daß hin und wieder Distinktionen stattgefunden, Bundesmitglieder aufgenommen, in irgend einem Winkel Deutschlands sich eine neue Gemeinde gegründet, irgend eine neue Organisation stattgefunden, in Köln die gefangenen Freunde von Marx Aussicht oder keine Aussicht auf Befreiung hätten, daß Briefe von Dem oder Dem angekommen u. s. w. Was das Letztere betraf, so nahm Fleury dabei gewöhnlich Rücksicht auf Personen in Deutschland, welche bereits durch politische Untersuchungen verdächtig waren oder irgendwie eine politische Thätigkeit erstattet hatten; sehr häufig jedoch mußte auch die Phantasie aushelfen und kam dann auch wohl einmal ein Bundesmitglied vor, dessen Namen vielleicht gar nicht in der Welt existirte. Herr Greif meinte dennoch, die Berichte wären gut und man müsse ja einmal à tout prix welche schaffen. Theilweis übernahm Fleury allein die Abfassung, meistens aber mußte ich ihm dabei behilflich sein, da es ihm unmöglich war, die geringste Kleinigkeit richtig zu stylisiren. So kamen die Berichte zu Stande und ohne Bedenken übernahm Herr Greif die Garantie ihrer Wahrheit.“ Hirsch erzählt nun weiter, wie er und Fleury A. Ruge zu Brighton und Eduard Magen (Tobyl'schen Adenlens) besuchten und ihnen Briefe und lithographirte Correspondenzen stehlen. Nicht genug damit. Greif-Fleury mietten in der Stanbury'schen Druckerrei, Fetter Lane, eine lithographische Presse und machen mit Hirsch zusammen nun selbst „radicale Flugblätter.“ Hier giebt es etwas zu lernen für „Demokrat“ H. Jabel. Er höre: „Das erste Flugblatt, von mir (Hirsch)

verfaßt, war nach Fleury's Angabe „An das Landproletariat“ betitelt, und es gelang einige gute Abzüge davon zu Stande zu bringen. Herr Greif sandte diese Abzüge als von der Marx'schen Partei ausgehend ein und fügte über die Entschuldigungsweise, um noch wahrscheinlicher zu werden, in den auf die bezeichnete Weise fabricirten Berichten der sogenannten Bundesversammlungen, einige Worte über die Verfertigung einer solchen Flugchrift ein. Noch einmal geschah eine ähnliche Anfertigung unter dem Namen „An die Kinder des Volkes“ und ich weiß nicht, unter welcher Firma Herr Greif diesmal dieselbe eingeliefert hat; später hörte dieses Kunststück auf, hauptsächlich weil so viel Geld dabei zugesetzt ist.“ Cherval trifft nun in London ein nach seiner Scheinstadt aus Paris, wird vorläufig mit Salair von 1 Pfd. 10 Schill. wöchentlich an Greif attachirt, „wofür er verpflichtet war Berichte über den Verkehr zwischen der deutschen und französischen Emigration abzustatten.“ Im Arbeiterverein öffentlich enthüllt und als Mouchard ausgehoben, „stellte Cherval aus sehr erklärlichen Gründen die deutsche Emigration und ihre Organe so unbeachtenswerth als möglich dar, weil es ihm ja nach dieser Seite hin total unmöglich war, auch nur Etwas zu liefern. Dafür entwarf er dem Greif einen Bericht über die nicht deutsche revolutionäre Partei, der über Münchenhausen ging.“ (Forst. folgt.)

Fremdwörter-Erklärung: Moucharderie, Spionnenwesen; Rendez-vous, Stelldichein; Brandy, Franzbranntwein; par ordre, auf Befehl; fleurs de lys, eig. Lilien, die Brandmale, welche im altfranzösischen Regime den schweren Verbrechen aufgestempelt wurden; hulks, Verbrecherschiffe; à tout prix, um jeden Preis.

Wie man reich wird.

„Heutzutage wird Niemand schnell reich, ohne mit dem Aermel das Juchhaus zu streifen“, rief einst der Gründer Osenheim aus, der jetzt in Wien wegen Betrugs vor Gericht steht, den Spieß aber umgedreht hat und als Ankläger gegen seine Ankläger auftritt. „Was ich gethan, entspricht der herrschenden Geschäftspraxis — bin ich ein Spießbube, gut, dann sind Tausende und aber Tausende von Bankiers, Fabrikanten, Kaufleuten, Ministern — kurz, sind die meisten reichen Leute Spießbuben!“ Das ist im Wesentlichen die „Bertheidigung“ Osenheim's, des Ritters vom Schwarzen Meere, der das Juchhaus so wohl verdient hat, wie es je verdient worden ist. In der Bourgeoiswelt findet man die „Bertheidigung“ des frohen Betrügers „glänzend“, und ist ordentlich stolz auf den „genialen“ Anwalt und Märtyrer des Bourgeois-Goangeliums: der frohen Botschaft vom Reichwerden ohne eigene Arbeit.

Wird Osenheim schuldig befunden werden? Warten wir ab. Jedenfalls wäre es eine große Ungerechtigkeit, denn er ist nicht schuldiger als die Andern. Und dabei brauchen wir gar nicht einmal an die Bagener und Consorten zu denken. Bei Leibe nicht! Sieht da zum Beispiel in Essen der große Kanonenkönig und hochmoralische Musterbourgeois Krupp, betreffs dessen ein bestunterrichteter Geschäftskonkurrent, Berger, in der Reichstags-Sitzung vom 15. Dezember v. J. folgende erbauliche Enthüllungen machte:

„Nach meinem Dafürhalten hätte die preussische Regierung wohlgethan, wenn sie selbst eine Gussstahlfabrik etablirt hätte, da sie dazu die vortrefflichste und billigste Gelegenheit auf dem eben erwähnten Igl. Hüftenwerke zu Sayn besaß. Wollte sie dazu aber nicht übergehen, so war denn das Naheliegendste, eine Gussstahlfabrik mit der großen Geschützgießerei zu Spandau zu verbinden. Damals hätte eine Anlage summe von einer halben bis höchstens einer Million vollkommen ausgereicht, um den Anforderungen der Artillerieverwaltung zu genügen, und diese Summe, das kann ich als Sachverständiger versichern, würde im Laufe der seitdem verflossenen Jahre mindestens zehnmal verdient worden sein! Die Regierung ging indessen nicht zu dem System der Selbstfabrikation über, sie glaubte ihre Unabhängigkeit auch wahren zu können, wenn sie den Gussstahl von Privatfabrikanten bezog. Meine Herren, wenn sie aber das that, dann mußte doch die Regierung verständigerweise alle Privatfabriken, die damals im Lande existirten und hinsichtlich der Qualität ihres Materials genügende Garantie boten, zu diesen Lieferungen heranziehen. Anfanglich that sie das auch. Es existirten zu jener Zeit — Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre — in Preußen vier derartige leistungsfähige Etablissements, zwei größere und zwei kleinere, an deren Spitze Herr Krupp stand. Es wurden Versuche mit Kanonen aus allen vier Werken gemacht, und es wird eine dem Herrn Regierungskommissarius bekannte Thatsache sein, wie diese Versuche ergaben, daß das Material sämtlicher Fabriken den gestellten Anforderungen vollkommen entsprach. Es wurden auf Grund dieses Resultates auch die beiden kleineren Werke neben dem größeren Etablissement des Herrn Krupp mit Lieferungen betraut, indessen hatte das bald ein Ende, da die eine der beiden kleineren Fabriken aus finanziellen Gründen nicht mehr leistungsfähig blieb und die andere ausgeschlossen wurde, weil einer der Beteiligten politisch mit der früheren Verwaltung des Kriegsministeriums nicht mehr harmonirte. Ich lasse aber diesen Gegenstand als nicht hierher gehörig bei Seite. Es blieben nunmehr die beiden großen Werke allein übrig, nämlich jenes des Herrn Krupp und die fast ebenso große Gussstahlfabrik zu Bochum. Die letztere war vollständig leistungsfähig; sie ist die erste gewesen, welche überhaupt Gussstahl zu Geschützen verwendet hat, — ob das dem Herrn Regierungskommissarius bekannt ist, weiß ich nicht, aber es ist eine Thatsache, welche ich in der Lage bin, zu beweisen, — und dieses Etablissement wurde, trotz seiner Leistungsfähigkeit und trotzdem es wiederholt sich zu Lieferungen

*) Vermuthlich identisch mit dem gleichnamigen Indolbaum, welches im Prozeß Arnim figurirte. H. v. B.

und zwar zu billigen Preisen) erbot, nicht zur Konkurrenz herangezogen. Herr Krupp in Essen erlangte dadurch ein faktisches Monopol, welches um so stärker wurde, als der Fiskus im Jahre 1865 ihm die für die Artillerie so wichtige Hütte zu Sohn um billiges Geld und unter Ausschluß anderer Konkurrenten verkaufte hatte. Und was war nun die Folge dieses so ganz und gar falschen und verkehrten Systems? Die unvermeidliche Folge war, daß jetzt die Artillerieverwaltung dem Inhaber des Monopols Preise zahlen mußte, welche alles früher Dagegen übertrafen. Ich behaupte und würde, wenn die Regierung mir das betreffende Aktenmaterial zur Verfügung stellen wollte, im Stande sein, zu beweisen, daß durch dieses monopolistische, ganz und gar verkehrte System die Finanzen des preussischen Staates und späterhin des deutschen Reiches nicht um Hunderttausende, nein, um Millionen von Thalern geschädigt worden sind. Meine Herren, wenn es sich hier um das Reetablisement, respektive um die Neubeschaffung von 2000 großen und kleinen Geschützen mit dazu gehörigen Lafetten handelt, so schließt das einen Ausgabebetrag von vielen Millionen in sich. Ich behaupte ferner, daß, wenn die Regierung ein anderes System befolgt hätte, als dasjenige, welches sie wirklich durchführte, wenn sie die übrigen leistungsfähigen Fabrikanten zu einer sachgemäßen Konkurrenz herangezogen hätte, so würden an diesen vielen Millionen, welche man für dieses wichtigste Artilleriematerial ausgegeben hat und noch ausgeben muß, mindestens einige Millionen erspart worden sein!

So Herr Berger.
Weder von Seiten der preussischen Regierung, noch von Seiten des Herrn Krupp sind diese Mittheilungen dementirt worden, und können wir folglich die Richtigkeit derselben als erwiesen betrachten.

Nach diesen Mittheilungen ist es Herr Krupp auf die eine oder die andere Weise gelungen, ein thatsächliches Monopol zu erlangen, und hat er sein Monopol dazu benutzt, die Preise in die Höhe zu treiben, d. h. sich die Waaren über den Werth bezahlen zu lassen und den Staat „nicht um Hunderttausende, nein um Millionen von Thalern zu schädigen“.

Was ist der Unterschied zwischen Herrn Krupp und Herrn Dsenheim?

Herr Dsenheim hat sich Eisenbahnschienen u. über den Werth bezahlen lassen, und Herr Krupp läßt sich Gußstahlanionen u. über den Werth bezahlen.

Herr Dsenheim hat das Publikum „um Millionen von Thalern geschädigt“, und Herr Krupp hat den Staat „um Millionen von Thalern geschädigt“.

Letzteres ist gar kein, ersteres kein wesentlicher Unterschied.

Aber Herr Krupp hat nicht „betrogen“!

Gott behüte. Fällt uns nicht ein, dem Selbstherrscher von Essen ein so überrückendes Wort an den Kopf zu werfen. Aber, Herr Dsenheim hat auch nicht betrogen, wenn man die Dinge vom Standpunkt des Herrn Krupp aufsaßt. Beide haben nur „geschädigt“. Und der Pechvogel Dsenheim sitzt auf der Anklagebank, während der Glücksvogel Krupp in guter Ruh auf den Millionen sitzt, um die er den Staat „geschädigt“ hat, und seinen Arbeitern brüßelt, vernünftige Gesichter zu machen, wenn ihm der Champagner gut schmeckt.

Wahrhaftig es gibt keine Gerechtigkeit mehr auf Erden!

Politische Uebersicht.

— Kaiserliche Gnade. In Königberg hatte jüngst der Staatsanwalt geglaubt, er sei nicht bloß für die armen Leute da. Er hatte daher auch einmal einen reichen Spitzbuben wegen verschiedener unbestreitbarer Unterschlagungen, Veruntreuungen und Gaunereien den Richtern und zwar in einer Weise überliefert, daß diese absolut nicht anders konnten und den Mann zu einer mehrwöchentlichen Gefängnisstrafe verurtheilen mußten, obgleich es kein Sozialdemokrat, sondern einer der „würdevollsten“ Männer Königbergs, nämlich der geheime Commerzienrath Simon, Ritter u. Mitglied verschiedener patriotischer und wohlthätiger Vereine war. Aber unser geheimer Commerzienrath brauchte sich wegen seiner Haft nicht zu grämen. Es dauerte nicht lange, so erfuhr er, daß Sr. Majestät der Kaiser und König Allerhöchst geruht habe, die über ihn verhängte Gefängnisstrafe in Gnaden in eine Geldstrafe von tausend Thalern umzuwandeln, für den steinreichen Mann allerdings eine Lumperei. Und der Staatsanwalt konnte natürlich auch nichts dagegen thun. Kann man sich aber da noch wundern, wenn der strebsame Herr Tessendorff sich nicht gern mit den Wagenern, den Putzessen u. befaßt, sondern sich vorwiegend an die Sozialdemokraten und zur Abwechslung zuweilen auch an die Ultramontanen hält?

— Der Leichtfabeleidigte. Die Anfrage, wie Fürst Bismarck es fertig bringt, von allen Zeitungartikeln, die Material für seine Strafantragfabrik versprechen, Kenntniß zu erlangen, hat uns bereits einen Strafantrag aus der genannten Fabrik zugezogen. Jetzt ist unsere Reuegeerde befriedigt worden. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Man hat sich oft den Kopf darüber zerbrochen, wie es möglich sei, daß Fürst Bismarck hinter alle Beleidigungen seiner Person kommt und gegen die obskuren Winkeltblätter Strafanträge stellt, da er sie doch selbstverständlich nicht alle lesen kann. Die Einen vermutheten ein gut organisiertes Spionirsystem, die Andern glaubten an weit verzweigte Denunziation. Wie die Sache sich verhält, darüber erhalten wir heute in der „Germania“ Aufklärung. Vor einigen Tagen empfangen nämlich, wie man ihr mittheilt, die Bürgermeister Rheinssens und wohl auch die der anderen beiden großherzoglich heßischen Provinzen ein Reskript, worin ersucht wird, besonders darauf zu achten, wie die Zeitungen — genannt ist die sozialdemokratische und die „gegnersche“ Presse — sich über die Person des Reichskanzlers auslassen, und solche, da eine Verfolgung der betreffenden Blätter nur auf persönliches Verlangen desselben stattfinden kann, die anrührenden Stellen angegriffen, einzusenden, damit dieselben durch Vermittlung des großherzoglichen Ministeriums dem Reichskanzler übermitteln und durch diesen die nöthigen Schritte zur Verfolgung der betreffenden Blätter geschehen können. Bei diesem Erlaß ist natürlich nicht bloß auf die in der Gemeinde des betreffenden Bürgermeisters selbst erscheinenden Blätter, sondern überhaupt auf alle Zeitungen reflektirt, die dem Bürgermeister etwa unter die Augen kommen. So wird's wahrscheinlich auch an andern Orten gemacht, und so ist dies Räthsel der Natur erklärt.“ Gott segne die reichskanzlerischen Studia! Jedemfalls aber danken wir der Großherzoglich heßischen Regierung für diese Belehrung über den Zweck des heutigen Staats.

— Ueber die Behandlung der Petition Rossi's in der Petitionskommission finden wir in der „Nationalliberalen Correspondenz“ folgende Mittheilung:

„Als Commissar nahm daran Theil der Geheim Rath Alchenborn und als Ueberreicher der Petition die Abgeordneten Pasler und Windthorst. Der Petent hatte zwei Anträge gestellt, einen allgemeinen, daß man auf das Zustandekommen eines Gesetzes hinarbeiten möge, welches die Behandlung politischer Gefangenen in zeitgemäßer Weise regle, und einen zweiten auf ihn selbst bezüglichen, daß man eine seiner Persönlichkeit angemessene Behandlung im Strafgefängniß zu Pöbensee veranlasse, ihn von der Zwangsarbeit, Gefangenelockt befreie und in der Wahl seiner Lectüre nicht beschränke. Da die Sachlage selbst schon durch eine frühere Verhandlung im Reichstage bekannt geworden ist, so wollen wir nur hervorheben, daß die damals eine gewisse (so?) Sensation machende Behauptung, der Gefangene Rossi sei von dem obersten Beamten mit dem schimpfenden Worte empfangen, er sei viel schlechter als ein Dieb, nach den heutigen Mittheilungen des Commissars eine im Wesentlichen unrichtige ist; weder war die Aeußerung selbst korrekt (es war in ganz anderem Zusammenhange gesagt, daß Rossi, der sich beschwerte, daß man ihn behandeln wolle, wie einen Dieb oder gemeinen Verbrecher, sich gegen die öffentliche Ordnung vergangen habe und dies unter Umständen gefährlicher sei, als Diebstahl oder ein anderes gemeinsames Verbrechen), noch gleich beim Eintritt, noch von dem empfangenden Beamten gethan. Der Commissar theilte die relevanten Punkte aus der in Pöbensee geltenden Hausordnung mit. Da keine schriftlichen Fragen der Referenten (Fenner und Lenz) darauf hingeleit hatten, war das Reichskanzleramt von dem preussischen Justizminister nicht vollständig instruirte; weder über die Resportverhältnisse der Gefangnisse, noch über die Frage, ob eine verbindliche Instruktion für alle Gefangnisse in Preußen existire, konnte bestimmter Aufschluß gegeben werden. Abgeordneter Pasler wünschte, daß die Petition in ihrem ersten Theile der Justizkommission überwiesen werden möchte. Weil die Plenarsitzung begonnen hatte, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden.“

Die in diesem Bericht veruchte Ablehnung oder doch Beschönigung „des schimpfenden Wortes“ hat Liebknecht zu folgendem Schreiben an die „Vossische Zeitung“, welche den Bericht abdruckte, veranlaßt:

„In dem Bericht Ihres gestrigen Blattes (vom 16. d.) über die Behandlung der „Petition“ Rossi's in der Petitionskommission heißt es, „daß die Behauptung, der Gefangene Rossi sei von dem obersten Beamten (des Strafgefängnisses zu Pöbensee) mit dem schimpfenden Wort empfangen worden, er sei viel schlechter als ein Dieb, nach den Mittheilungen des Commissars eine im Wesentlichen unrichtige ist.“ Ich habe demgegenüber nur zu bemerken, daß ich in der Reichstagsitzung des 21. Nov. das „schimpfende Wort“ von demselben Blatt Papier abgelesen habe, auf das ich es zwei Tage vorher zu Pöbensee nach Rossi's Diktat in Gegenwart des überwachenden Polizeibeamten und des Reichstagsabgeordneten Reimer niedergeschrieben.“

Hochachtungsvoll und ergebenst
Leipzig, den 17. Jan. B. Liebknecht.“

— Der Schlufantrag-Fabrikant Valentin hat am vorigen Montag das Jubiläum seines vierhundertsten Schlufantrags gefeiert. Seine nationalliberalen Bewunderer überreichten ihm ein Päckchen mit den 400 schriftlich eingereichten Schlufanträgen, die das Bureau sorgfältig gesammelt hatte. Nun, wenn das erwachende Volk vereint Schluf dieses Reichstages beantragt und annimmt, wird es gewiß nicht veräumen, dem bismarck'schen Parlamentarismus in der Person seines klassischsten Vertreters ein würdiges Denkmal zu errichten. An passenden Vorschlägen wollen wir's seinerzeit nicht fehlen lassen.

— Unsere „herrliche“ Gesellschaft. Dr. Engels „Statistische Correspondenz“ enthält eine Mittheilung über die Selbstmorde in Preußen während der Jahre 1869 bis 1872. Darnach beträgt die Gesamtzahl der Selbstmörder in jedem der folgenden Jahre:

	1869:	1870:	1871:	1872:
männlich	2570	2334	2183	2363
weiblich	616	629	530	587

Zusammen 3186 2963 2713 2950
Was die Beileiligung des Geschlechts an der Gesamtzahl der Selbstmorde betrifft, so ist hiernach die des männlichen geschlechtlos und zwar 3 bis 4 1/2 Mal stärker als die des weiblichen. Letzteres ist entweder den Versuchungen zum Selbstmorde weniger ausgesetzt, oder widersteht denselben besser, als das männliche.
Was das Alter anbelangt, so ergeben die vorliegenden Tabellen, daß die Häufigkeit der Selbstmorde mit fortschreitendem Alter zunimmt. Der Einfluß des Familienstandes auf die Häufigkeit der Selbstmorde macht sich in der Art geltend, daß die Verheiratheten das größte Contingent an Selbstmördern stellen — 452 von 1000 — alsdann die Ledigen über 15 Jahre mit 339 von 1000 und endlich die Verwitweten, Geschiedenen und übrigen Personen folgen.

Ist das nicht wirklich eine „herrliche“ Gesellschaft, in der man schon am Neujahrstage voraussagen kann: In diesem Jahre, das nun beginnt, werden in Preußen etwa 3000 Menschen ihrem Leben ein Ende machen? Und dazu sind die Opfer jener gesellschaftlichen „Herrlichkeit“ in ihrer Rehrheit weit besser und höher stehend, als jene erbärmlichen Zeitungslumpen, die uns Sozialisten — weil wir Verbesserungen und Umgestaltungen für nöthig halten — mit Roth bewersfen.
(„Tagewacht“.)

— Das Nationalzuchtthaus. Die Württemberger Schmeicheln sich höher einige Reste von Freiheit gerettet zu haben. Sie werden von diesem Wahne wohl bald karirt sein. Es geht dort zu wie überall sonst im Reich der Gottesfurcht und Stiebersitte. So schreibt man aus Stuttgart unterm 9. v. Mts.:

„Heute Vormittag erschienen im Redaktionslokale der „Süddeutschen Volkszeitung“ ein Gerichtsaffessor und 4 Mann von der Fahndungspolizei, um nach dem Manuscripte zweier Artikel zu suchen, welche in Nr. 44 und 56 des vorigen Jahrgangs unseres Blattes enthalten waren und die Verhältnisse in der Staub'schen Fabrik in Ruchen zum Gegenstand der Kritik hatten. Da die Manuscripte bei uns in der Regel nicht aufbewahrt werden, so fand man dieselben nicht, und man begnügte sich mit der vorläufigen Mitnahme des Expeditionsbuches. Trotzdem Herr Hillmann erklärte, den Einsender des Artikels nennen zu dürfen, wurde er dennoch verhaftet. Die Anklage gründet sich auf die in jenen Artikeln gebrauchte Bezeichnung „insam“, welche mit Bezug auf die von Staub gegründeten Fabrikthulen vorkam, für welche Kindern oder Eltern die Beiträge zurückbehalten würden, wenn sie die Fabrik innerhalb 5 Jahren verlassen. Dieser ersten Anklage glaubte der Staatsanwalt noch eine wegen Verletzung des § 130 (Aufreizung zu Gewaltthätigkeit u.) hinzuzufügen.“

— Seit fünf Monaten sitzt zu Dresden Parteigenosse Peholdt, Redakteur des „Dresdener Volksboten“ in Unter-

suchungshaft. Er ist angeklagt einiger Preßvergehen, die er während einer zweimonatlichen Reaktions-Periode sich soll zu Schulden haben kommen lassen. „Wohl noch nie — sagt der „Dresdener Volksbote“ — seitdem man die schöne Erfindung des Preßvergehens gemacht, hat 3-mal so lange wegen Preßvergehens in Untersuchungshaft gesessen, wie hier Einer in kleinen Sachsen. Es dürfte überhaupt selten vorkommen, äußerst selten sogar, daß bei Preßvergehen Jemand in Untersuchungshaft genommen wird. Bergeshen liest man alle zulässigen Gründe durch. Die Schwere des Verbrechens? Nicht wahr, Aufforderung zum Hochverrath, zur Rebellion, zum Aufruhr? Behüte Gott, wo hat man das gelesen? das Ganze läuft auf — auf einige Beleidigungen hinaus. Verdunkelung des Thatbestands? O nein, die Vergehen stehen gedruckt da. Fluchtverdacht? Peholdt ist in Dresden vrbereit! So etwas ist korrekt in dem Lande, dessen letzter König von den Schmeichlern um die Wette halb der Jarist unter den Königen, halb der König unter den Juristen genannt wurde. Wir wollen die Stärke unserer Beschwerde nicht abschwächen, indem wir eine Bemerkung anknüpfen, die schlechterdings eine neue Justizthat gegen uns hervorrufen würde. Herr Traer, so heißt Peholdt's Untersuchungsrichter, weiß sicher ganz gewiß, daß dies Alles nach sächsischer Justizordnung nicht nur zulässig, sondern auch ganz korrekt ist.“

Die Haft Peholdt's ist sehr streng und übt auf dessen Gesundheit den nachtheiligsten Einfluß aus. „Es kommt uns soeben, schreibt der „Dresdener Volksbote“ unterm 13. d., von der Frau des in Haft befindlichen früheren Redakteur unseres Blattes, Peholdt, die Nachricht zu, daß derselbe in der Gefängniszelle in Ohnmacht gefallen sei. Man denke nur daran, wie jammervoll es sein muß, wenn ein Mensch bewußtlos auf dem Boden einer Kerkerzelle liegt, hilflos, der sofortigen menschlichen Hilfe beraubt, weil allein eingeschlossen. Peholdt ist ein schwacher, kränklicher Mensch, der, wie uns seine Frau berichtet, oft solche Anfälle hat. Da nun die Gefahr vorliegt, daß bei irgend einem solchen Anfall Peholdt sich einen bedeutenden körperlichen Schaden zufügt, so hat die Frau des Peholdt an das Gericht den Antrag gestellt, ihren Mann in ihre häusliche Pflege zu geben. Die Frau des Peholdt hat sich hierbei besonders auf das Verfahren gegen den Grafen Armin gestützt, der auch, weil er krank war, in häusliche Pflege gegeben wurde. Sollte Fluchtverdacht vorliegen, so hat Frau Peholdt dem Gerichtsamte freigestellt, irgend einen Wachtposten in ihre Wohnung zu legen.“

So weit der „Dresdener Volksbote“. Wir bezweifeln nicht, daß dem Gesuch wird gemillfahrt werden. Vor der Gerechtigkeit giebt es ja nicht zweierlei Maß für einen Grafen und einen „gemeinen“ Arbeiter.

— Der „Gewerkevereins“-Harmonieapostel, welchem die jüngsten Vorgänge in England eine arge Nerven- und Hirnerschütterung verursacht zu haben scheinen, schreibt (Nr. 3 des „Gewerkevereins“):

„Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei weiß zu erzählen, daß die englischen Gewerkevereine erst dann die Befreiung der Arbeiterklasse zu erkämpfen vermögen, wenn sie mit dem heutigen Lohnsystem brechen und „die sozialistische Organisation der Arbeiter anstreben“. Die englischen Gewerkevereine werden sich diesen wohlgemeinten Rath überlegen.“

Wenn sie gescheidt sind, sicher, lieber Herr Dr. Harmonikus!

— Ueber die Aussperrung in Südwales haben wir widersprechende Berichte. Nach den Einen wären die Arbeiter vollständig entmuthigt und größtentheils schon zu Kreuz getrocknet; nach andern hätte sich nur die Hälfte der Arbeiter unterworfen und wären die übrigen entschlossen, bis zum Aeußersten anzuhalten; und wieder nach andern Berichten hätten sich bloß 12,000 Arbeiter (etwa 1/3 der Aussperrten) unterworfen und wollten die Grubenbesitzer nun all ihre Werke stehn lassen, um die Arbeiter desto rascher auszukütern. So viel scheint gewiß, daß der Kampf noch nicht zu Ende ist und auch kein sehr schnelles Ende verspricht.

— Zum „Rückgang“. Auch in Kirchberg haben die Sozialdemokraten bei den Stadtverordneten-Wahlen gesiegt. — In Pöerane haben unsere Parteigenossen beiläufig noch immer die Majorität im Stadtverordnetenkollegium. Durch die letzten Wahlen wurde nur ein Drittel desselben erneuert.

— Am 15. v. M. sind in Frankfurt a. M. die sämtlichen sozialdemokratischen Arbeitervereine und die Gewerkegenossenschaften aufgelöst worden. Den Tessendorfern scheint's nicht schnell genug vorwärts zu gehn.

— Aus Copenhagen erhalten wir Nachstehendes:
„An die Maurergesellen Deutschlands! Da die hiesigen Maurermeister behufs Lohnabzug für die Gesellen beabsichtigen, sich nach Deutschland hinzuwenden, um Leute zu engagiren, bittet man, den Zuzug streng fernzuhalten und die Anträge der Meister zurückzuweisen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.“

Copenhagen, den 14. Januar 1875.
Mit sozialdemokratischem Gruß
Die Copenhagener Maurergesellen.

Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen.

Eine Skizze von einem Ostpreußen.
(Fortsetzung.)

Zum Belege hierfür möge hier ein Bericht aus dem Insterburger Bürger- und Bauernsruend über eine im Jahre 1872 in der Littauischen Kirche in Tilstit abgehaltene Schulprüfung, welche überall in den Kirchen vorgenommen wird, um dem Leser auch ein Bild von einer solchen zu geben, folgen:

„Hier war am 8. Juli in der Littauischen Kirche Schulprüfung über 18 Schulen. Die Prüfung beschränkte sich auf Religions-Unterricht und religiösen Gesang. Jede Schule — einzelne darunter mit über 100 Schülern — wurde binnen nicht einer halben Stunde abgethan. Wir wollten uns die Sache anhören und waren deshalb etwa 1 1/2 Stunden anwesend. In diesen 1 1/2 Stunden wurden 5 Schulen „geprüft“. Aber wie ist das möglich? werdet Ihr fragen. Ja, es ist überhaupt noch Vieles möglich im Lande Preußen. Es ist das eine Parade, die der Hochgebietende Herr Superintendent über seine getreuen Lehrer abhält — weiter hat's keinen Zweck. Als Auditorium waren angetreten vielen jungen Damen (wohl Lehrerstöchter) besonders Dienstmädchen vorhanden mit schreienden kleinen Kindern. Doch besahen wir uns eine solche Prüfung. Laut irgend ein Lied aus der Missionsharfe singend, führt der Lehrer seine Kinder vor. Einzelne hatten den Typus der Gottseligkeit und salbungsvolle Mienen aufgestellt, au

über Manchem sah man auch an, wie unangenehm und lästig ihm die vorgeschriebene Masse war. Und nun ging die Prüfung los. Biblische Geschichte und Bibelsprüche wurden wörtlich hergeplappert, Gesangbuchverse gesungen, auch ein Bischen aus der biblischen Geschichte lateinisch, z. B.: Zur Strafe für den Sündenfall müßten die Menschen jetzt arbeiten etc. Damit war die Geschichte aus. Sollten wir eine Meinung darüber abgeben, was wir von der Sache halten? Nun dann heraus unverblümt: Wir halten sie für eine ganz abscheuliche und hassenswerthe Komödie. Auch nicht ein Denkender schien uns unter den vielen Schülern zu sein, alle Gesichter trugen den Stempel der Geistesleere. Woher kommt das? Waren oder sind diese Schüler denn alle geistig unfähig? Diese Behauptung wäre Urfinn und Betrug. Aber der Geist derselben muß bei dem jetzigen Unterrichts-Verfahren getödtet werden. Besehen wir uns den Stundenplan einer solchen Schule, der dem verachteten Heinerich'schen Stundenplan nicht viel nachzieht, so findet sich die Erklärung ganz von selbst. In den zweisprachigen Schulen hat der Lehrer die Verpflichtung, in den 32 Schulstunden der Woche auch die Lektüre zu unterrichten. Von diesen 32 Schulstunden gehen aber in der Regel 18 Stunden — der Stundenplan liegt uns nicht vor, es ist möglich, daß es auch nur 17 sind — für Religions-Unterricht und zwar Auswendiglernen von Katechismus, biblischer Geschichte, Kernlieder etc. hin. Naturkunde ist nur eine Stunde, zwei Rechtschreibstunden. Der Geist des Kindes hat vollkommen zu thun, wenn er all das Zeug auswendig lernen will, begreifen, fassen kann er es nicht, wird ja wohl auch nicht verlangt und ist in vielen, wenn nicht in den meisten Fällen unmöglich.

Wir hoffen, der Leser wird nun begreifen haben, auch den meinen wir, der nicht schon lange der Ansicht gewesen ist, daß unsere Schulen schlecht sind. Der Religionsstunden sind freilich weniger geworden, das ist wahr, trotzdem ist aber die Schule durchaus nicht besser geworden, denn in unseren Volksschulen herrscht der finstere Geist des Confessionalismus und des orthodoxen Minderthums, der in den letzten 25 Jahren jeden gesunden Geist, jedes Streben nach wirklicher Aufklärung und Vervollbildung in ihr systematisch erstickt hat.

Dies ist in wenigen Zügen das Bild von dem Volksschulwesen und der Lage der Lehrer in der Provinz Preußen, von welchem die kürzlich vor dem Schourgericht zu Königsberg verhandelten Prozesse über die Landarbeiter-Revolution in Ostpreußen ein würdiges Pendant bilden. Die letzteren haben uns einen tiefen Einblick in die sozialen Verhältnisse unseres Volkes thun lassen; sie haben gezeigt, daß diese Leute, welche unserer heutigen Gesellschafts-Organisation und nur dieser zum Opfer gefallen sind, in Elend, Noth, Unwissenheit und Sklaverei, gleich den Heloten des Alterthums, aufgewachsen, sich in ihrer „Königstreue“, denn der Name des „Königs“ war ja bei all diesen Excessen gewissermaßen die Parole, zu Handlungen hinreißen ließen, die sie mit den bestehenden Gesetzen in Conflict brachten und wenn auch in keinem Falle zu billigen, so doch Zeugnis von der tiefen Mißstimmung gaben, welche nicht allein in der ländlichen, sondern in der ganzen Arbeiterbevölkerung der Provinz über die bestehenden Verhältnisse herrscht.

Es entsteht nun die Frage: wer trägt die Schuld an dieser Mißstimmung? Sagen wir es gerade und ehrlich heraus: Keiner Anderer als die Staatsregierung selbst und zwar um deshalb, weil sie es unterlassen hat, für die Bildung und Aufklärung des Volkes durch eine tüchtige Volksschule, wie es ihre Pflicht war, zu sorgen. Sie hat dies unterlassen, sie wollte kein gebildetes, aufgeklärtes Volk, und das Produkt der Reaction waren die Raumerstreblichen Schul-Regulative, deren Segen wir noch heute allerorten verspüren und mit dem Dichter sagen können:

Das ist der Fluch der bösen That,
Daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Von manchen Seiten, namentlich von der in Königsberg erscheinenden hyperfrommen „Ostpreussischen Zeitung“, welche von dem aus dem Reptilienfond gefütterten „Ehrenmann“ (???) Herrn Otto de Grahl redigirt wird, wurde zwar darauf hingewiesen, daß diese Revolution durch sozialdemokratische Wühlereien, von anderer Seite aber, daß sie durch die feudale-orthodoxe Partei hervorgerufen seien. Die Schourgerichts-Verhandlungen bewiesen jedoch den Ungrund der einen wie der anderen Beschuldigung. Niemals wird es der sozialdemokratischen Partei, die freilich der heutigen Gesellschafts-Ordnung oder vielmehr Unordnung entgegenarbeitet, einfallen in einer solchen, wie vorhin erwähnten Weise aufzutreten; sie erstrebt eben ein höheres Ziel, welches kein anderes als die Befreiung der ganzen Menschheit aus den auf ihr lastenden Fesseln der Unwissenheit und der mit dieser eng verbundenen Klassenherrschaft ist; sie will den jetzt herrschenden Begriff, daß der Mensch nur des Staates und der bestehenden Klassen wegen da sei, aufheben und an seine Stelle die freie Gemeinschaft aller, den Volksstaat setzen, dessen erster Grundsatz, dessen oberstes Gesetz es ist: „Alles für das Volk, Alles durch das Volk!“

Aber, wird der geneigte, mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie unbekanntes Leser mir einwenden: ist die soziale Frage nicht bloß eine Wagenfrage, und wie ist ihre Lösung möglich?

Zur Beantwortung dieser Fragen möge hier ein Auszug aus dem Instruktion „Bürger- und Bauernfreund“ aus dem Jahre 1872 über „Fortbildungsschulen, Bildungs-Bereine und Volksbibliotheken“ in unverändertem Abdruck seinen Platz finden:

„Die soziale Frage ist nicht bloß eine Wagenfrage. Hunger und Noth bringen sie wohl zu einem etwas trasserem Ausdruck, die Menge der leider durch unser verfaultes — im Interesse der Dunkelmänner und Lichtfeinde verdo benes — Schulwesen in Unwissenheit gelassenen und zum Aberglauben herangebildeten Bewohner unseres Staats — und dies ist die Mehrzahl — wird eben bloß durch leidliche materielle Interessen in Bewegung gesetzt. Das Interesse ihres Geistes scheidet sie wenig, ist doch das Denkvermögen fast aller in der Jugend systematisch unterdrückt worden. Aber deshalb dürfen wir nicht vergeßen, daß die sozialen Uebel auf geistigem Gebiete fast noch schlimmer, noch schärfer ausgeprägt sind, als auf dem leiblichen.

Der Mensch besteht aus Seele und Leib. Die körperliche Existenz des Menschen kann nicht bestehen, wenn der Leib nicht Nahrung empfängt; kann der Mensch also ein vollkommener Mensch sein, wenn der andere Theil seines Ich, der Geist, ohne Pflege und Nahrung bleibt?

Und es hat die Vorsehung, die allgewaltige Naturkraft, der wir unsere Entstehung verdanken, auch das Verlangen nach geistiger Kost in jedes Menschen Sinn gepflanzt, ebenso wie den Trieb nach Befriedigung des Magens; — die Reugier, die unedlere Zwillingeschwester der edleren Wissbegier, ist eine allen Menschen, auch den rohesten angeborne Eigenschaft.

Freilich von der Reugier zur Wissbegier ist noch ein großer Schritt, den nicht Viele machen. Der größte Theil unseres Volkes verläßt mit den 14 Jahre die Schule und geht an die Hauptaufgabe seines Lebens — Brod zu verdienen. Die Wenige denken

darau, daß der Mensch nicht von Brod allein lebt, sondern, daß es noch Höheres zu genießen giebt; daß nicht der Magen die ganze Kraft in Anspruch nehmen, daß auch einige Zeit zum Aufbau von Geist- und Herzgebildung bleiben soll.

Wir fordern zunächst eine Verbesserung der Volksschule, die vor allen Dingen denkende Menschen heranzubilden hat, während sie jetzt das Bestreben zu haben scheint, den Geist der Schüler und ihr Denkvermögen zu unterdrücken.

Doch die Schule allein kann nicht genug wirken. Die Bildung zum Menschen und Bürger muß nach dem Austritt aus der Schule fortgesetzt werden. Für die Jugend können Fortbildungsschulen dazu wirken, und wir begrüßen deshalb mit großer Freude die Beschlüsse, welche auf dem Vereinstage der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksschulen gefaßt worden sind. Es wird in diesen verlangt:

- 1) daß in allen Gemeinden des Staates Fortbildungsschulen errichtet werden müssen;
- 2) daß der Besuch derselben für Knaben bis zum 17., für Mädchen bis zum 16. Jahre und unter denselben Verhältnissen obligatorisch, also ein Muß sein solle, wie in der Volksschule und
- 3) daß dieser Unterricht unentgeltlich sein solle.

Hoffentlich finden diese Grundsätze im nächsten Unterrichts-Gesetz*) Ausdruck. — Ältere Personen können die Schulen nicht besuchen, für diese müssen Vereine zu Bildungszwecken, die in kleineren Orten, wenn ein vernünftiger Schullehrer — kein Muder — daselbst ist, am besten von diesem geleitet werden, den Mangel an Schulbildung auszugleichen suchen. Diese Bildungs-Bereine werden natürlich von Denjenigen, zu deren Nutzen sie dienen sollen, im Anfange wenig besucht werden; aber das Bedürfnis nach Bildung soll in denselben und durch dieselben ja auch erst in immer weiteren Kreisen angeregt werden, und wenn anfänglich auch nur wenige Mitglieder einem solchen Vereine beitreten, bald findet er immer mehr und mehr Anhänger. In jeder Gemeinde werden sich doch hoffentlich ein Paar Männer finden, deren Interesse über die bloß körperliche alltägliche Beschäftigung hinausgeht, die mit uns der Ansicht sind, daß es für unsere Männer eine würdigere Erholung geben kann, als der Besuch von Brauereiwirtshäusern oder trübes Umherlungern auf der Dfenbank, und die Volksgesinnung und Aufklärung genug besitzen, um einen solchen Verein zu stützen und zu erhalten.

Um diesen Vereinen allerdings den rechten, vollen Inhalt zu geben, muß er vor allen Dingen sein Augenmerk auf Anschaffung einer guten Volks-Bibliothek richten. Eine Volks-Bibliothek und wenn sie noch so klein ist, ist für jede Gemeinde, für die kleinste, wie die größte, eine große, unschätzbare Wohlthat.

Der Bildungs-Berein muß zugleich ein Leseverein sein, in welchem gute Zeitungen, d. h. solche, die mit gesundem, freisinnigen politischen Anschauungen auch eine volkstümliche, Allen verständliche Sprache verbinden, gehalten, gute Bücher und Zeitschriften angeschafft werden. An den Vereinsabenden geben diese dann auch ein anregendes Gesprächsthema. Leute, die belehrende Vorträge in volkstümlicher Sprache halten können und wollen, sind wohl in größeren Orten leichter zu finden als in kleineren, aber auch dort (in größeren Orten) taugt das Zuvielereden einzelner Personen in Vereinsstunden nichts, die Vorträge müssen Ausnahme und nicht Regel sein, sonst bleibt das Interesse der einzelnen Vereinsmitglieder nicht so rege, als wenn sie selbst mitsprechen können, ihre Fragen beantwortet, Zweifel aufgeklärt, Einwürfe widerlegt werden.

(Fort. folgt.)

Die Gewerkschafts-Verwaltung erläßt in der „Union“ folgenden Aufruf:

„Gewerkschaften! Freunde! Durch das Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Umstände ist es unmöglich geworden, vom neuen Jahre ab, wie es auf der General-Versammlung in Hannover bestimmt wurde, die „Union“ wöchentlich erscheinen zu lassen. Als hauptsächlichsten Grund hierfür müssen wir die Kürze der zur Vorbereitung der neuen Einrichtung gelassenen Zeit anführen. Weder war es und möglich, auf der Post die Anmeldung über das beabsichtigte Dester-Erscheinen der „Union“ zur rechten Zeit zu machen, noch konnten die Vorbereitungen, welche hinsichtlich der Expedition etc. zu treffen waren, in der Weise getroffen werden, wie es das öftere Erscheinen notwendig machte. Da sich zu all diesem noch die mit dem Tode endigende Krankheit Jords gefellte, so mußten wir darauf verzichten, dem Beschlusse der General-Versammlung gemäß die „Union“ mit 1. Januar wöchentlich einmal erscheinen zu lassen. Wir müssen unsere Genossen deshalb um Nachsicht ersuchen und werden alles Nöthige besorgen, daß der Beschluß zu Anfang des zweiten Quartals des Jahres 1875 zur Ausführung kommt.

Durch die Krankheit Jords ist auch manche Unregelmäßigkeit unterlaufen, für deren Abstellung nun Sorge getroffen ist; und hoffen wir, daß vom neuen Jahre ab wieder Alles seinen geregelten Gang gehen wird.

Zum Wechsel des Jahres selbst entbieten wir den Genossen und Freunden die besten Glückwünsche, und geben wir uns der Hoffnung hin, daß wie im alten so auch im neuen Jahre unsere Organisation sich bewahren und ausbreiten werde, und daß diejenigen, die heute uns noch mißtrauisch fern stehen, sich bald eines Besseren überzeugen und zu uns in den gemeinsamen Bund treten werden.

Sache unserer bisherigen Freunde und Genossen ist es, die noch Zweifelsenden oder Unwissenden zu überzeugen und aufzuklären, damit unser Bund immer größer, mächtiger und stärker werde — ein Bollwerk zum Schutz für uns, unseren Feinden aber eine unübersteigliche Mauer.

Wenn auch die Feinde der Arbeiterbewegung es versuchen sollten, unsere Organisation zu zerstören, so brauchen wir deshalb nicht zu zagen; im Kampfe muß sich die Organisation erproben; und sie hat sich erprobt. Wir stehen heute stärker und zahlreicher da denn je, und allen Anfeindungen zum Trotz treten wir in's neue Jahr mit der festen Zuversicht, daß es ein Jahr des Sieges und der Stärkung unseres Bundes werde.

Wögen unsere Bundesgenossen nach wie vor unermüdet thätig sein im Agitiren wie im Organisiren, und sich durch keine Chicanen und Machinationen irgend welcher Art beirren lassen. Dann werden wir im laufenden Jahre gewiß auch wieder Erfolge zu verzeichnen haben, welche sich den vorjährigen völlig zur Seite stellen können, und wir werden, langsam aber sicher, vorwärtsschreiten auf unserer Bahn, deren Ziel die Emanzipation der arbeitenden Klasse ist.

Bundesgenossen und Freunde! Thue Jeder, was in seinen

*) Wir haben ein solches, obgleich es im Artikel 26 der preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850 verheißen, bis heute nicht erhalten und können vielleicht noch lange, namentlich auf ein vernünftiges Unterrichts-Gesetz warten.

Kräften steht, erfülle Jeder seine Pflicht, das verlangen wir von Euch; wir aber geben das Versprechen, Alles zu thun, was in unsern Kräften steht, auf daß unser gemeinsames Werk wachse, gedeihe und Fruchte trage. Dies unser Wunsch und damit:

Glück auf zum neuen Jahr!
Die Gewerkschafts-Verwaltung.“

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg, 11. Januar. Brüder! Vereit ein halbes Jahr liegen wir hier im Kampfe. Durch die Feindschaft einer winzigen Zahl Kapitalisten wurden vorigen Sommer ca. 300 Arbeiter auf die Straße geworfen, und nicht mit Willen unserer Arbeitgeber allein, sondern weil sie glaubten, der „Bauhütte“ gehorchen zu müssen, denn es werden hier Arbeitsauschlüsse nicht mehr aus ökonomischen, sondern aus politischen Gründen provocirt, was deutlich ein Circular der „Bauhütte“ beweist, worin es heißt, man müsse die Töpfermeister mit allen Mitteln unterstützen, damit dieselben zum Siege kämen, da die Arbeiter sich sogar Eingang zum gesetzgebenden Körper zu verschaffen suchten.

Arbeiter Deutschlands! Ihr seht, mit welchen niedrigen Mitteln gegen das höchste Gut der Menschheit, gegen das allgemeine Beste und direkte Wahlrecht gearbeitet wird. Im Sommer 1873 versuchte man es mit den Maurern und Zimmerern; diese Politik gelang den Herren aber nicht. Da suchte man sich eine kleinere Corporation, und zwar die der Töpfer aus; aber auch hier ist es bis jetzt nicht gelungen, und es wird den Herren der „Bauhütte“ auch nicht gelingen, wenn die Arbeiter Hamburgs uns mit derselben Energie zur Seite stehen, wie sie es bis jetzt gethan haben. Wir appelliren aber nicht an die Arbeiter Hamburgs allein, sondern an alle Arbeiter, so weit die deutsche Zunge klingt. Vergesse nicht in allen Euren Versammlungen, das oben Angeführte den Arbeitern zu sagen, damit unsere Arbeitgeber nicht zum Siege gelangen. Wie uns hier berichtet wird, hat man jetzt wieder verschiedene Städte mit Aufrufen heimgesucht, wo den Arbeitern große Versprechungen gemacht werden. Wenn dieselben aber hier sind, dann muß womöglich das letzte Hemde verkauft werden, damit sie wieder abreisen können.

Arbeiter Deutschlands! Könnten wir überall bei Euch reden, fast ungläubliche Thatsachen würden wir Euch vorführen können, die man gegen uns in dieser Zeit unternommen hat. Darum bitten wir Euch, haltet überall den Bezug nach hier fern, denn noch einige Wochen und der Sieg ist unser.

Unsere Herberge befindet sich große Rosenstr. 57 bei Herrn Häbner. Etwas Gelder und Briefe sind zu senden an H. Falke ebendasselbst.

Das Comité
der ausgeschlossenen Töpfer in Hamburg-Altona.

Berein der deutschen Steinmetzen.

Berlin, 15. Januar. Da mit dem 15. d. M. meine Gefängnißhaft abgelaufen ist, so sind nunmehr alle Briefe, die Leitung des Vereins betreffend, wiederum an meine Adresse einzufenden.

Gleichzeitig sage ich hiermit allen Collegen, die während meiner Haft meine Familie so opferfreudig unterstützt haben, den wärmsten Dank.

Mit Brudergruß!

H. Zabel, Vorsitzender, Weinbergsweg 4, N.

NB. Da die Collegen in Halle o/S. im Begriff stehen, ihre bis jetzt bestehende Lohn-, resp. Affort-Stala zu reformiren, um Weihnachten auch 30 Mann aus der Arbeit entlassen worden sind, so ersuche ich sämtliche Bevollmächtigte, den Bezug nach Halle abzulassen.
Der Obige.

Correspondenzen.

Leipzig. Das deutsche Volk fängt an, seinen großen Männern noch bei Lebzeiten, nicht erst im Tode, Kränze zu winden! Wie man hört, beabsichtigt eine Anzahl national-liberaler Gesinnungsgenossen, dem Leipziger Stadtrathe für Schulangelegenheiten, Dr. Panitz, in Rücksicht seiner hohen Verdienste eine Gedekntafel zu stiften, welche an seinem Geburtshause in Kleinzschocher (bei Leipzig) angebracht werden soll. Nächstens will man auch Herrn Sparrig-Lynern ein Denkmal setzen — im Hahnemann-Monument-Stil.

Lindenau bei Leipzig. Zum ersten Male nehme ich Anlaß, den Lesern des „Volksstaats“ von den Zuständen der Gemeinde Lindenau Kenntniß zu geben; vielleicht gelingt es mir auch, dem „Volksstaat“ den Einwohnern Lindenaus immer mehr unentbehrlich zu machen. Am 11. d. M. hielt der hiesige Arbeiterverein eine Einwohner-Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die hohen Gemeindeabgaben und die Gemeindeverwaltung Lindenaus.“ Breißer referirte. Theile wurde zum 1. und Bendorf zum 2. Vorsitzenden der Versammlung gewählt.

Breißer begann seinen Vortrag mit ungefähr folgenden Worten. Meine Herren. Ich danke Ihnen zunächst für Ihre so zahlreich erschienen, wenn gleich nicht zu leuzigen ist, daß die Versammlung noch zehnmal stärker besucht wäre, hätten die vereinigten Gegner nicht in der feigsthaftesten Weise alle Plakate in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag abgerissen. Während der letzten Reichstagswahl schrieb ein Blatt: „Kam wurden von den verschiedenen politischen Parteien die Wahlausruße affichirt, so sind sie auch meistens wieder herab- und durchgerissen worden; in jedem Fall ist solches Gebahren eine höchst pöbelhafte Opposition.“ Nun, meine Herren, nicht etwa eins der sozialdemokratischen „Schmierblätter“ schrieb diese Worte, sondern das „Lindenau-Plagwitzer Wochenblatt“, Organ unsres Gemeinderaths. Und damals waren die Plakate nur theilweise herabgerissen, heute sind uns systematisch sämtliche 24 Plakate heruntergerissen. In diesem Falle kann von Gassenjungen nicht die Rede sein. Die Plakate sind abgerissen von unsern Gegnern, die feige genug sind uns in dieser Weise mundtödt zu machen zu wollen. Die Gegner fürchteten sich vor der heutigen Versammlung und sie haben allen Grund dazu. Schrieb doch schon ein fortschrittlicher Artikelschreiber der „Leipziger Nachrichten“, daß die Sozialdemokratie in Lindenau immer mehr und mehr verschwinde. Keine Mittel wurden geschont, alle Uebel in Bewegung gesetzt, um die Bewegung zu unterdrücken. Volkbildungs-Bereine und Speiseanstalten wurden ins Leben gerufen. Schulgemeinde-Versammlungen wurden vom Lehrercollegium veranstaltet und trotz alledem lebt der Arbeiterverein und tagt die heutige Versammlung und zwar mit einer Tagesordnung, die den Herren die unangenehmste von der Welt ist.“

Nachdem der Referent gezeigt hatte, wie es zu allen Zeiten das charakteristische Merkmal der bestehenden Klasse gewesen ist, die Lasten des öffentlichen Lebens auf die Schultern der Nichtgehenden zu laden, ging er näher auf das Steuerregulativ der Gemeinde Lindenau ein. Er erklärte zunächst, daß das Steuerregu-

lativ die königliche Gewerbesteuer zur Unterlage habe, daß man aber keineswegs die Progression der Gewerbesteuer als Norm angenommen habe, obgleich selbst die Gewerbesteuer in der unerbittlichsten Weise auf den Schultern der Arbeiter lastet, was selbst der Abgeordnete Jordan in der II. Kammer anerkannt habe. Nun, meine Herren, fuhr der Redner fort, Derjenige welcher von 5 Gr. bis zu 1 Thlr. Gewerbesteuer zahlt, zahlt 5 Einheiten. Wollten die Herren nun einigermaßen Gerechtigkeit üben, so müßte derjenige, welcher 10 Thlr. Gewerbesteuer zahlt, doch auch 10mal so viel Gemeindeforderungen zahlen; doch dem ist keineswegs so, indem die 10-Thaler-Männer nur 14 Einheiten zahlen, und nicht 50 Einheiten, wie die Gerechtigkeit gebietet. Und so kommen wir denn zu dem Resultat, daß die mit 1 Thlr. Gewerbesteuer Abgeschätzten 2 Thlr. 10 Gr. Gemeindeforderungen zahlen, wohingegen die mit 10 Thlr. Gewerbesteuer Abgeschätzten nur 6 Thlr. 16 Gr. geben, während, hätte man die Progression der Gewerbesteuer, die 10 Thaler-Männer wenigstens 23 Thlr. 10 Gr. Gemeindeforderungen zahlen müßten.“

Nachdem der Referent noch mehrere Regulative von anderen Gemeinden angezogen hatte, woraus sich ergab, daß kein Steuerregulativ so himmelschreiende Ungerechtigkeiten enthielt als das Lindenauer, zog er noch die Gemeinde Söhlis an. In Söhlis zahlt eine Arbeiterfamilie mit 3 Kindern über 14 Jahren an Gemeindeforderungen incl. der Kirchensteuer 5 Thlr. 19 Gr. 2 Pf., wohingegen dieselbe Familie in Lindenau für 1875 6 Thlr. 10 Gr. zahlen muß. Nun, meine Herren, sagte der Redner, die Söhliser Gemeinde zahlt bis jetzt die höchsten Steuern und zwar in Folge des vor wenigen Jahren vorgenommenen Kirchenbaues. Wir haben noch keine Kirche, die soll erst in Angriff genommen werden. Nun, meine Herren, Sie sehen, daß, als ich im Anfang sagte, daß Lindenau das miserabelste Steuerregulativ habe, ich keineswegs zuviel gesagt habe. Das aber ist von jeder der Grundzüge dieser Fortschrittswörter gewesen, daß das Volk möglichst viel bezahlt, damit die großen Herren möglichst geschont werden. Sie sehen, meine Herren, wie gerade die Gemeinde Lindenau, die Metropole des Fortschrittvereins, ein Steuerregulativ hat, das selbst die feodalsten Verwaltungen nicht annehmen würden. Ja, ja die Herren Fortschrittler, die sich so gern auf ihre Brust klopfen und da sagen: „Wie dank ich dir, daß ich nicht bin wie andere Menschen oder gar wie dieser Böhmer hier“, sie regieren mit einem Steuerregulativ, wie es ungerechter nicht gedacht werden kann.

„Meine Herren, gehen wir nun zur Verwendung der Steuer über, untersuchen wir, wie die von den Arbeitern angebrachten Gelder verwendet werden. Veranlassung zur Unzufriedenheit gibt vor allen Dingen die freie Ueberlassung der alten Angerstraße an die Baupolizisten Humpel und Söhlis. In der Gemeinderathssitzung vom 23. Mai 1874 erklärte der Gemeindevorstand Herr Bahlig in dieser Angelegenheit: „Ich weiß nicht, warum Sie so engherzig sind, wenn Sie den Privatleuten so viel Schwierigkeiten machen, dann kommt die Lindenauer Gemeinde nicht in die Höhe.“ Nun, meine Herren, kann man direkter die besitzenden Klassen begünstigen auf Kosten aller Steuerzahler?“

(Schluß folgt.)

Glauchau, 13. Januar. Am 11. Januar fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Thätigkeit des Reichstags und die Sozialdemokratie.“ Nachdem die Versammlung von Herrn Albert eröffnet war, wurde derselbe als Vorsitzender gewählt. Es sollte Herr Reichstagsabgeordneter Weib aus Hamburg referiren. Derselbe wurde jedoch durch dringende Umstände abgehalten, und so erschien an dessen Stelle Herr Reichstagsabgeordneter Bahlig aus Chemnitz. Mit fesselnder Beredsamkeit hielt Referent Bahlig volle 2 Stunden die Anwesenden in Aufmerksamkeit und brachte wieder neues Leben unter die Besinnungslosen. Seine klaren, aus dem Herzen gesprochenen Worte wirkten auf die Gemüther, wie draußen in der Natur der erfrischende Regen nach langer Trockenheit. — Nach einvierthelstündiger Pause ergriff Albert das Wort, um den Anwesenden das Abonnement auf den „Volkstaat“ dringend zu empfehlen. In die angelegten Abonnementlisten fanden denn auch etliche Einzeichnungen statt. Zum Schluß ergriff nochmals Bahlig das Wort, um darzulegen, daß das beabsichtigte Contractverbot lediglich im Interesse der Arbeitgeber erlassen werden solle. Trotz wiederholter Aufforderungen meldete sich Niemand zum Wort, und können wir mit dem Verlauf der Versammlung nur zufrieden sein.

Bezüglich der Einigungsfrage hielt der Volksverein eine gemeinschaftliche Versammlung mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ab, welche am 9. Januar stattfand. Nachdem Herr Weibhorn in fast einstündigem Vortrag den Nutzen der Vereinigung beider sozialdemokratischer Fraktionen dargelegt und sich beide Parteien im Sinne der Vereinigung ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Volksvereins zu Glauchau, bei welcher auch der größte Theil der hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins als Gäste anwesend sind, erklärt sich für die Vereinigung der beiden Arbeiterfraktionen. Bei der jetzigen Coalition der Gegner des Arbeiterstandes ist es die nächste Aufgabe aller Sozialdemokraten, sich zu vereinigen. Und wünschen die Glauchauer Sozialdemokraten der Vereinigung ein freundliches Glück.“

Mittweida, 11. Januar. Nachdem man nach langen Gerüchten und mit ziemlich bedeutenden Geldopfern Seitens der hiesigen Fortschrittler endlich einen sogenannten Volksbildungsverein ins Leben gerufen und mit Hilfe mehrerer Lehrer auch eine Fortbildungsschule alias Abendsschule gegründet hatte, versprachen jedenfalls die Herren Gründer, als da sind: Fabrikanten, Beamte — Staatsanwälte mit inbegriffen —, daß das Opferbringen von ihrer Seite auch ein Opferbringen von anderer Seite bedinge, und eingebend ihres Wortes bei der Gründung: „Unser Verein soll kein einseitiger vom Parteigeist geleiteter sein, sondern nach allen Seiten hin gerecht werden,“ wandte man sich an König Albert um Unterstützung des segensreichen Unternehmens. Und siehe da, nach gehörtem Vortrage bewilligte allerhöchstderselbe Majestät eine jährliche Subvention von 600 Reichsmark auf drei Jahre aus der König-Johann-Stiftung. Diese erfreuliche Nachricht ist schwarz auf weiß zu lesen in dem Monitor des hiesigen Volksbildungsvereins, genannt „Mittweidaer Nachrichten“. Aber nicht genug damit, ist man auch mit der Verwaltung der Stadtbibliothek in Unterhandlung getreten, um genannte Bibliothek mit der „gegründeten“ Bibliothek des Volksbildungsvereins zu vereinigen. Für all diese erfreulichen Erfolge nun dankte man, bei Gelegenheit der Eröffnung der Fortbildungsschule am 8. Januar dem allmächtigen Gott und suchte um seinen Segen zum ferneren Gedeihen, der auch jedenfalls nicht ausbleiben wird, denn „Gott steht das Herz an“, und Niemand wird es bezweifeln wollen, daß unsre Vögelgesinnung sehr „gutberzig“ ist. — Noch erwähnen wollen wir, daß auch hier in Mittweida die Kunde von der angebahnten Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Herzen

der Arbeiter höher schlagen ließ, denn auch am hiesigen Orte waren Vertreter beider Richtungen, die oftmals, durch die fortwährenden Parteistreitigkeiten irre geleitet, aufeinander platzten und nur in wichtigen Momenten, wo es der Sache galt, einig handelten. Dies ist nun anders geworden, wir werden nun, stärker geworden durch die Einheit, rüstig vorwärtsgen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
S. Bartholdi.
Geyer, 13. Januar. (Agitation im 19. Wahlkreis.) Für die bevorstehende Agitationsreise des Herrn Ph. Wiemer aus Magdeburg ist der Versammlungskalender wie folgt festgestellt:

Monat Januar: den 19. Schneeberg, den 20. Pögnitz, den 21. Grünhain, den 23. Schlehma, den 24. Borsdorf, den 25. Neustädtel, den 26. Delsnitz, den 27. Lugau, den 28. Oberwischitz, den 30. Geyer. Monat Februar: den 1. Thalheim, den 2. Stollberg, den 3. Auz, den 4. Neumiesau, den 6. Rülken St. Niklas, den 7. Niederwischitz, den 9. Haslau.

Die Parteigenossen werden hierdurch nochmals dringend aufgefordert, für die strikte Durchführung obigen Planes die nöthigen Schritte zu thun, sowie auch allen übrigen Beschlüssen der Bezirkskongresse gewissenhaft nachzukommen.

Für das Centralcomité:

Carl Demmler, Vors. Ernst Schletter, Schriftf.
Chemnitz. Der zehnte Januar, der Jahrestag des Moskischen Wahlzuges, wurde hier durch eine vom deklamatorischen Club veranstaltete, sehr interessante Abendunterhaltung gefeiert. Der zu dieser Gelegenheit von M. Regel verfaßte, von Fr. Hübschmann vortragene Prolog lautet:

Wenn rings die Blumen sind erstorben
Auf allen Fluren weit und breit,
So blüht doch eine Blume schöner:
Die Blume der Geselligkeit.

Sie lächelt hold den armen Menschen;
Wohl dem, der diese Blume bricht,
Und der mit kausgewandten Händen
Sie in den Kranz der Freude slicht.

Der Freude, welche leider selten
Des Proletariats Herz erwärmt,
Weil er von einem Jhr zum andern
Sich müht und sorget, quält und härt.

Weil immer er mit Stürmen kämpfet,
Und doch den Hafen nie erreicht,
Weil niemals er die Frucht geniehet,
Von dem, was seine Hand erzeugt.

Und dennoch giebt es Freudentage
Auch für den armen Proletar,
Es ist ein solcher Tag der Freude
Für uns der zehnte Januar.

Ein Jahr zurück; an diesem Tage,
Da hat die Wahlkluft heiß gelobt,
Da hat das Volk, das sich besiegte,
Kühn seine eigne Kraft erprobt.

Auch unser Feind verzweifelt kämpfte,
Doch als die Sonne endlich sank,
Da wehten siegreich unsre Fahnen,
Da tönte unser Siegeslied.

Und aus den Orten unsrer Kreise
Da nahte jubelnd Post auf Post:
Die Unterdrückten sind geschlagen,
Gewählt ist unser Johann Most.

Und hat man ihn uns jetzt entrißen
Auf's Neue, ehe wir's gedacht,
Und weilt er nicht in unsrer Mitte,
Und weilt er in des Reichers Nacht,

Des Volkes Wahrspruch bleibt derselbe,
Des Volkes Wahrspruch bei der Wahl,
Er tröset den gefangenen Kämpfer:
In Katernacht ein Sonnenstrahl.

Er zaubert in die dunkle Belle,
Der Hoffnung freundlich Engelbild,
D'rum wird auch er den Tag oft segnen,
Da jener Wahrspruch sich erfüllt.

Ein Singestag der Unterdrückten,
Der bessern Zukunft ein Symbol;
D, laßt diesen Tag uns feiern,
Welch' schöner Festtag gäb' es wohl?

Selle, 13. Januar. Am 10. Januar hielten wir eine ziemlich gut besuchte Arbeiterversammlung ab mit der Tagesordnung: „Besprechung über die Vereinigung beider Fraktionen der Sozialdemokraten.“ Es wurde der Wunsch allseitig geäußert, daß die Vereinigung baldmöglichst zu Stande kommen möge, denn nur Einheit macht stark. Wägen die deutschen Sozialdemokraten wie auch überhaupt alle Arbeiter sich die Bruderhand reichen und den Kampf gegen unsere Feinde mit frischem Muthe aufnehmen. — Es wurde auch des dahingeschiedenen Theodor York gedacht und sein Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt. Von Heft wurde der Antrag eingebracht, diesen Bericht an beide Parteioorgane, den „Neuen Sozialdemokrat“ und den „Volkstaat“ zu senden, was einstimmig genehmigt wurde.

F. Warnke, Schriftföhrer.

Briefkasten

der Expedition. D. Sittin Berlin: Die Annonce für den Wahlkampf für die Sonntagsnummer zu spät, bitte auf die Bekanntmachung zu achten. Rottmann u. Co in München: Sendung erhalten; richtig. E. Br. u. N. Regr Köln: Derartige Privatannoncen können nicht Aufnahme finden.

Quittung

der Expedition. B. Schür Delsnitz b. Richtenstein Schr. M. 0,00. P. Off Philadelphis Ab. 20,11. Schr. 99,89. Schlg Spremberg Ab. 0,56. Ritter München Schr. 23,22. Guthe Großenhain Schr. 22,30. Müller hier Schr. 1,8. L. Mylisch Neuzug Ab. 5,10. J. Fiedl Scheibbs Ab. 2,50. Ruch Jütta Schr. 30,00. M. Dresden Schr. 1,00. Eingetn hier Ab. 12,00. arb.-Berein Reingehöcker Ann. 0,30. Fröß Sachlenhausen Schr. 6,00. Wff Barmen Schr. 3,60. F. Kng Mühlhausen Schr. 0,40. M. F. Wien Ab. 3,00. arb.-Berein Gohlis Ann. 2,30. J. F. Wien Ab. 3,20. Schr. 5,80. arb. Stadtbagen 1,00. Rft Bremerhafen Schr. 0,80. Lösserverein Hamburg Ann. 1,00. Altd Ham-

burg Ann. 1,50. Nr hier Ab. 75,00. Krsch Forst Schr. 0,75. P. Eff Salonit Ab. 7,00. Schr. 2,45. Arb.-Berein Agram Ab. 5,10. P. Plagwitz 3,00. Schfl hier f. Jord'sche Broschüren 21,00. f. d. ausgefertigten Braunschweiger Cigarettenarbeiter 10,10.

Fond für Gemahrgelie.

Von R. S. hier 1 Thlr. Arb.-Berein hier 2 Thlr. P. St. n. R. Schl Salonit 1 Thlr. 25. 5. Durch den Vorsitzenden des Volkvereins Glauchau 21 Thlr. 7 Pf.

Verichtigung. Die Quittung in Nr. 6 muß heißen: Von einem Parteigenossen durch E. Bohne in Ernstthal 3 M. für den Parteiamerthigungsfond und 3 M. f. Fond f. Gemahrgelie.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilquittungen ertheilten ferner: In Dresden Arb.-Bld.-Ver. M. 7,20. [20]

Anzeigen zc.

Die rechts in [] angegebene Ziffer bedeutet den Preis der betreffenden Annonce in Reichspfennigen.

Augsburg Samstag, den 23. Januar: Versammlung bei Bierbrauer Linder ehem. Bloßfeld. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Vollständiges Erscheinen ist notwendig. A. H. H. K. [40]

Altona Donnerstag, den 21. Januar, Abends 9 Uhr: Geschlossene Mitgliedsversammlung im Schuhmachersamtshaus. — L. O.: Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand. [50]

Apolda Das Versammlungs- und Bertelstokal befindet sich im Saalhaus „Zum Löwen“. Dasselbst liegen folgende Zeitungen aus: der „Volkstaat“, „Neuer Sozialdemokrat“, „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung“, „Braunschweiger Volksfreund“. Jeden Montag Abend Parteiversammlung. E. Kette l. [50]

Berlin Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Mittwoch, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung bei Pettin, Brunnstraße 34.

Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Referent: E. Land. Diskussion. Fragekasten. Alle Parteigenossen im 6. Wahlkreis und Umgegend müssen am Pl. se sein. — Jedermann hat Zutritt. Der Vorstand. [70]

Berlin Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ich vom 1. ds. Mts. ab den Vertrieb des „Volkstaat“ für den 6., 2. und den nördlichen Theil des 4. Wahlkreises übernommen habe. Ich verspreche, so weit es in meinen Kräften steht, die größte Pünktlichkeit. Gleichzeitig bitte ich um Entschuldigung, wenn die ersten Nummern etwas unregelmäßig an die Abonnenten gelangten. Indem ich auf das Entgegenkommen der Parteigenossen rechne, erbitte Anmeldungen von Abonnements, wenn nicht anders thunlich, per Correspondenz-Karte; dieselbe wird beim ersten Abonnements-Belde vergütet. J. E. M. a. n. n., Grünhainstr. 34, Berlin N. [100]

Rheinland und Westphalen.

Barmen Da das für Rheinland und Westphalen bestellende Agitationscomité der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich derzeit in Barmen-Übersied befindet, so werden alle Partei- und Genossenschaftsgenossen, welche agitatorische Kräfte bedürfen, ersucht, unverweilt ihre ausführlichen Mittheilungen unterzeichneter Adresse zugehen zu lassen, sowie allortorts Versammlungen behufs weiterer Ausbreitung unserer Prinzipien einzuberufen. Mit Gruß! R. Wolf, Hohenf. Arbeiterhäuser 56a. [100]

Hamburg Mittwoch, den 20. Januar, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Eckhardt, im Schoppensteil 22. Tagesordnung: 1) Wahl der Revisoren. 2) Vortrag von Henke. D. B. [50]

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Sonnabend, den 23. Januar 1875: Concert und Ball

in Klett's Gesellschaftsgarten, Weststraße Nr. 48. — Festrede gehalten von Herrn W. Lieblich. Karten sind zu haben bei Herrn Weib, Nödingsmarkt 12, sowie bei den Colporturen Schulz und Schütze. Um zahlreiche Theilnahme ersucht Das Fest-Comité. [225]

Hamburg Donnerstag, den 21. Januar, Abends halb 9 Uhr im Lokale des Herrn Thomßen, Neuhäuser Markt. 25. Große öffentliche Typserversammlung für Hamburg-Altona. Tagesordnung: Wie verhalten wir uns den Schiedsgerichten und Einigungsämtern gegenüber? Das Comité. NB. Alle Typser, Arbeiter: er wie Arbeitnehmer, sind hierzu freundschaftlich eingeladen [90]

Leipzig Donnerstag, den 21. ds. Mts., Abends halb 9 Uhr im Saale des Hrn. Jacobi (früher Zahn) Rosenthalgasse Allgemeine Versammlung aller Sozialdemokraten von Leipzig und Umgegend. Angehörige der sozialdemokratischen Arbeitervereine, des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der Lassalle-Schule haben Zutritt gegen Vorzeigung der betr. Mitglieds-Karte. Tagesordnung: 1) Die Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen. 2) Diskussion über die Grundfrage zur Vereinigung. Zahlreiches Erscheinen erwarten R. a. m. K. r. e. g. s. c. h. w. a. r. L. i. e. b. i. c. h. [120]

Leipzig Fest der Gewerkschaften Sonnabend, den 23. Januar, im Saale der „Lomballe“. — Näheres f. Platate. D. G. [75]

Leipzig Gewerkschafts-Vorstände. Donnerstag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft. S. [30]

Wandsbeck Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Montag, den 26. Januar 1875: Allgemeines Arbeiterfest und Ball

im vergrößerten Saale der „Harmonie“. — Festprolog gesprochen (um halb 9 Uhr) vom Verfasser desselben Herrn Reichstagsabgeordneten Aug. Weib. Festrede gehalten (um halb 10 Uhr) vom Reichstagsabgeordneten Herrn W. Lieblich. Entré für Herren 10 Schll., Damen 6 Schll. Karten im Voraus für Herren 8 Schll., Damen 4 Schll. Näheres besagen die Platate. (26) Das Fest-Comité. [275]

Otto A. aus Deltz (Königl. Sachsen), Modellschlosser, früher in Graz, jetzt in Leipzig, wird aufgefordert, seiner Verpflichtung gegen die Productivaassociation der Kleidermacher in Graz binnen 8 Tagen nachzukommen, sonst wird sein voller Name veröffentlicht werden. Carl Frank, Geschäftsföhrer. [50]

Parteigenosse C. Nieger, früher in Frankfurt, später in Dresden wird freundlich ersucht, seinen jetzigen Aufenthalt an E. d. P. f. s. m. a. n. n. in Oberlungwitz bekannt zu geben. Sollten andere Genossen Kenntnis von seinem Wohnort haben, so wird freundschaftlichen Verhältnissen halber gebeten, diesen an obige Adresse mitzutheilen. Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert. Redaktion Hohenstraße 4, Expedition Zeilstraße 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.